

# Kurswechsel

In Spanien könnte Podemos im November zur stärksten politischen Partei werden



Foto: fotosdecamisetas/flickr.com

Seit dem Amtsantritt der Syriza-Regierung in Athen erleben wir, mit welcher Härte die Eurogruppe und die Bundesregierung, insbesondere durch Finanzminister Schäuble, jegliche Diskussion über das Scheitern der Austeritätspolitik ablehnt. Stattdessen verteidigen sie diese Politik unverändert, ohne Rücksicht auf deren soziale und wirtschaftliche Folgen in den betroffenen Ländern.

Offensichtlich geht es darum, jeglichen Erfolg der Syriza Regierung zu verhindern, weil die WählerInnen in anderen betroffenen Ländern ansonsten ebenfalls „falsch“ wählen könnten. Dies gilt vor allem für Spanien, wo Podemos bei den Wahlen im November 2015 zur stärksten politischen Kraft werden könnte. Damit würde in Spanien ein politischer Kurswechsel beginnen, der sich auch auf der europäischen Ebene auswirken dürfte. Wie kam es zur Entstehung von Podemos und wofür steht diese junge Partei?

Mit dem Ende der Franco Diktatur 1976 begann für die Mehrheit der SpanierInnen eine Zeit anhaltender wirtschaftlicher und sozialer Verbesserungen. Dies änderte sich mit dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 grundlegend. Auf Druck der EZB und des IWF reagierte die spanische Regierung 2010 auf die Krise mit einem Programm sozialer Kürzungen in bis dahin unbekanntem Ausmaß.

Die Arbeitslosenquote bewegt sich seitdem bei 25 Prozent, für die Altersgruppe von 15

bis 25 Jahren beträgt sie 53 Prozent. Von den Arbeitslosen erhält nur noch rund die Hälfte Arbeitslosengeld. In circa 750.000 der spanischen Haushalte gibt es niemanden mehr, der überhaupt noch irgendein Einkommen erzielt. Sie sind tatsächlich auf Almosen angewiesen.

Diese sozialen Einschnitte sowie zahlreiche Fälle von Korruption und krimineller Bereicherung durch die Eliten führten am 15. Mai 2011 in zahlreichen spanischen Städten zu Protesten und der Errichtung von Camps auf öffentlichen Plätzen. So entstand die Bewegung, die als M15 oder Indignados (Empörte) bekannt wurde. Sie entwickelte neue, basisdemokratische Formen des sozialen Protests und trug diesen in die Öffentlichkeit.

Inzwischen haben sich daraus landesweit vernetzte Strukturen entwickelt, die vor allem bei der Verteidigung der Rechte und Leistungen im Gesundheits- und im Bildungswesen aktiv sind, aber auch beim Kampf gegen die über eine halbe Million Verfahren zur Zwangsäumung von Wohnungen, deren BewohnerInnen ihre Raten nicht mehr bezahlen können.

Allerdings gelang es der Protestbewegung nicht, die von ihr offen gelegte Systemkrise für eine nachhaltige Änderung der Kürzungspolitik zu nutzen. Teile der Bewegung zogen daraus die Konsequenz, sich gezielt auf die parlamentarische Ebene einzulassen. Im Januar 2014 erschien der überwiegend von linken Intellektuellen unterzeichnete Aufruf

zur Gründung von Podemos; bereits bei den Wahlen zum europäischen Parlament im Mai gelang es, 8 Prozent der Stimmen und damit 5 Sitze zu gewinnen.

Als wichtiger Erfolgsfaktor galt von Beginn an die Mitwirkung von Persönlichkeiten mit medialer Ausstrahlung. Dem entsprach, dass als Gesicht von Podemos der 36-jährige Professor für Politikwissenschaft, Pablo Iglesias, präsentiert wurde. Er ist in Spanien durch Auftritte in zahlreichen Talkshows und mit eigenen TV-Programmen bekannt geworden. Auffallend ist, dass neben der Führung auch die AktivistInnen der Basis verhältnismäßig jung sind.

Die Basis der Organisationsstruktur sind so genannte *circulos* (Zirkel). Auf regionaler und staatlicher Ebene erfolgt die Willensbildung durch Bürgerversammlungen und durch Koordinierungs- und Kontrollgremien. Zur Diskussion und bei Abstimmungen werden häufig auch telematische Verfahren wie Internet oder Apps verwendet, um eine möglichst breite Beteiligung der Mitglieder zu erreichen.

So entstand auch das Parteiprogramm. Dieses fordert insbesondere die Demokratisierung der Gesellschaft, den Bruch mit der Austeritätspolitik der Troika und die Verteidigung der sozialen Errungenschaften. Allerdings gibt es dafür kein eindeutiges ökonomisches und soziales Konzept, auch in anderen Punkten wirkt das Programm eher unfertig. Dies wird jedoch nicht als Problem gesehen, sondern als notwendige Offenheit, die es erlaubt, die Demokratisierung und den Umbau der Institutionen auf den unterschiedlichen Ebenen als gesellschaftlichen Prozess zu organisieren, an dem möglichst viele teilnehmen sollen.

Inwieweit diese ideologische Offenheit und die Bereitschaft, sich in Sprache und Forderungen an die Erwartungen der Mehrheit der Bevölkerung anzupassen, erfolgreich sein kann, dürfte sich bereits am 24. Mai bei den Kommunal- und Regionalwahlen zeigen, spätestens aber bei den Parlamentswahlen im November. Die Altparteien und die von ihnen weitgehend kontrollierten Medien haben wegen der guten Umfragewerte von Podemos die Bedrohung erkannt und bemühen sich bereits nach Kräften, diese neue politische Kraft zu diffamieren.

**Hermann Mahler**, Mitglied im Attac-Rat, AG Jenseits des Wachstums und PG Eurokrise